

12.03.2019

Saar-SPD fordert härtere Kontrolle der Windräder

Eiswurf durch Rotorblätter und Sturmschäden haben im Saarland eine Debatte um die Sicherheit von Windkraftanlagen entfacht.

Von Daniel Kirch

SAARBRÜCKEN/FREISEN Nach dem Zwischenfall mit einem Windrad an der A62 bei Freisen werden in der Landespolitik Rufe nach Konsequenzen lauter. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Landtag, Stefan Pauluhn, sprach sich gestern in Saarbrücken dafür aus, die Kontroll-Intervalle zu verkürzen und die Abstandsregeln von Windrädern zur Bebauung zu überprüfen. Man müsse sich die Frage stellen, „ob solche Anlagen regelmäßiger überprüft werden müssen. Dafür wäre ich auch“, sagte er gestern. Außerdem müsse man gegebenenfalls die Abstandsregeln für neu zu genehmigende Windräder neu bewerten. Allerdings geht Pauluhn selbst nicht mehr davon aus, dass im Saarland noch viele Windräder dazukommen.

Derzeit müssen Windräder alle zwei bis vier Jahre überprüft werden. „Man könnte das wie bei einem Auto auf alle zwei Jahre begrenzen“, sagte Pauluhn. Vorstellbar wäre, dass dies dann der TÜV mache.

Am Rosenmontag war bei Gimbweiler zwischen Freisen und Birkenfeld, auf rheinland-pfälzischem Gebiet, bei heftigem Sturm ein Rotorblatt des Windrads beschädigt worden; Teile davon wehten auf die nahegelegene A62. Die Autobahn wurde daraufhin vollgesperrt. Die Herstellerfirma sieht die Ursache in einem Blitzeinschlag. Am morgigen Mittwoch wird das Thema Gegenstand einer Fragestunde im Saar-Landtag sein.

Als erster hatte FDP-Landeschef Oliver Luksic nach dem Vorfall eine TÜV -Pflicht für Windräder gefordert. Die Fälle von Windrad-Havarien unterschiedlicher Art häuften sich, daher müssten sie als Industrieanlagen betrachtet werden. Die saarländische Landesregierung hält die geltenden Richtlinien für die Prüfungen der Bauteile und Standsicherheit aber für ausreichend.

Die Windkraft-kritischen Landtagsfraktionen Linke und AfD sehen sich in ihrer Haltung bestätigt. Der Linken-Abgeordnete Jochen Flackus bezeichnete auch Eiswurf durch Rotorblätter bei Minustemperaturen als Problem. „Es kann ja wohl nicht sein, dass Wanderwege im Winter gesperrt werden müssen, weil dort mit Eiswurf gerechnet werden muss, und die Bevölkerung die dort Erholung sucht, von den Windrädern bedroht wird.“ Das Minimum sei, diese Windräder im Winter stillzulegen, sagte Flackus. Rudolf Müller (AfD) stellte die gesamte Energiewende infrage und sprach von einem „vollkommenen Irrsinn“.

Der Koalitionspartner der SPD im Saarland, die CDU, sieht anders als die SPD keinen akuten Handlungsbedarf und lobte das Krisen-Management nach dem Zwischenfall in Freisen. Mit Blick auf den Sturm „Eberhard“, der am Sonntag unter anderem in Völklingen ein Dach abgedeckt hatte, sagte Fraktionschef Alexander Funk: „Es kommt jetzt ja auch niemand auf die Idee, die Schulen abzuschaffen.“ Dafür forderte er stärker zu kontrollieren, dass die Windräder die Lärmschutz-Grenzwerte einhalten.

x x x